

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- DM. Die Wochenblätter für Wilsdruff u. Umgegend werden nach Möglichkeit kostenlos abgegeben. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Dossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 69 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postkod.: Dresden 2640

Dienstag, den 22. März 1932

## Heran an den Kunden!

Überall in der Welt quillt es über von Gütern und Waren jeder Art. Man braucht bei dieser leidigen Feststellung nicht etwa bloß an den Kaffee in Brasilien und an den Weizen und die Baumwolle in Nordamerika, an Kupfer und Kohle zu denken, sondern jener Überfluß ist bedauerlicherweise vor allem deswegen vorhanden, weil erzwingenemmaßen die Nachfrage so gering ist. Und wenn auf dem Gebiet der Rohstoffherzeugung besondere Vereinbarungen, auf dem der Fertigwaren der Mangel an Kaufkraft zu scharfen Einschränkungen gezwungen hat und immer noch zwingt, so bleibt trotz allem die Nachfrage ständig weit zurück hinter dem Angebot an Waren. Darum tun sich für den „Kaufmann“, also für die Warenverteilung, immer neue Probleme des Tages auf, die aber alle nur das eine Ziel haben: Wie kommt man an „den Kunden“ heran, wie „gewinnt“ man ihn, wie reizt man ihn zum Kauf?

In Zeiten aufsteigender Konjunktur sind diese Fragen ja nicht schwer zu beantworten, denn dann beantworten sie sich selbst. Diese „schönen Tage von Kranzweg“ sind aber längst vorüber und das Heute steht unter dem Zeichen der Absatzkrise. Alle jene Fragen, die wir oben aufstellten, stehen mit gebührender Deutlichkeit offen, und wer sich ihrer nicht bemächtigt, wer sie nicht zu beantworten vermag, verfällt früher oder später dem wirtschaftlichen Untergang.

Denn wenn ein solches Überangebot an Waren besteht, wie das heute der Fall ist, dann gilt nicht mehr der etwas bequeme Satz, daß die gute Ware „für sich selbst spricht“. Zum mindesten gilt das nur bedingt. Und wenn das Angebot derart die Nachfrage überwiegt, wie es gegenwärtig geschieht, dann muß das Angebot ständig den Weg der Werbung gehen. Der jetzt in Berlin statt gefundene „Deutsche Reklametag“ hat sich mit viel mehr Beschäftigung, als diese Bezeichnung anzudeuten erlaubt ist. Denn ob man mit politischen Ideen und Wünschen, ob man rein wirtschaftlich mit Warenangeboten Absatz gewinnen will —, immer ist nur die „Werbung“ von größtem, ja meist entscheidendem Einfluß. Dies anzuspüren bedeutet aber keine Selbstverständlichkeit, sondern darauf hinzuwirken ist Notwendigkeit.

Wir Deutsche haben es — um an dies vielleicht deutlichste, weil folgenreichere Beispiel zu erinnern — leider nur allzusehr im Weltkrieg verspüren müssen, welche gewaltigen Kräfte durch eine geschickte Werbung in Tätigkeit gesetzt werden können. Ähnliches gilt, wenn auch in verkleinertem Umfang, für jede „Kellame“, die sich psychologisch geschickt auf wirklich vorhandene Bedürfnisse des Konsumenten einstellt und diese sozusagen zum Bewußtsein bringt. Und die Bedürfnisse „schafft“, also zum Kauf anreizt. Wie ungeheuer wichtig dieser Anreiz gerade heute in einer Zeit nicht bloß der ungewollten, sondern der gewollten „Käuferfreis“ ist und sein wird, vermag man kaum zu ermessen. Dabei steht die Zeitung als Organ der Werbung der Käufer ganz weit im Vordergrund. Sie hat hier Aufgaben von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung zu erfüllen —, und ebenso tritt wirtschaftlich rasch in den Hintergrund, der auf dem Markt der Angebot und Nachfrage nicht eifrig wirkt.

In Zeiten schwerer Absatzkrise — das sei nochmals unterstrichen — ist das natürlich ganz besonders notwendig. Wer die Werbung aufgibt, der gibt sich selbst auf. Gewiß kann man zahlreiche Werbungsarten aufzählen, bei denen ein greifbarer, unmittelbarer Erfolg nicht festzustellen ist, — aber welcher Kaufmann würde sich deswegen vor der Notwendigkeit der Werbung verschließen, weil etwa z. B. eine parteipolitische Versammlung auch nicht unmittelbare Rückschlüsse auf den Werbungserfolg zuläßt! Ebenso ist das A und O jeder Werbung vielfach noch nicht recht erkannt, das wichtigste nämlich: „Du mußt es dreimal sagen!“ Auf einen einzigen Hieb fällt kein Baum und der Zeitungsleser als Käufer verlangt es geradezu, daß er „bearbeitet“ wird. Er will und soll im Anzeigenteil der Zeitung nicht bloß das finden, was er sucht, sondern er soll auf das gestoßen werden, was er eigentlich suchen sollte. Das ist wirkliche Werbung. Und der deutsche Leser, der seine Zeitung zur Hand nimmt, wird ganz unbewußt „aufgeschlossener“ gegenüber der Werbung, die sich psychologisch geschickt auf tatsächlich vorhandene, aber vielleicht nicht, noch nicht erkannte Bedürfnisse einstellt.

Nachfragesteigerung — das ist ja das Problem von heute. Ebenso ist es das Problem für den deutschen Warenabsatz auf dem Weltmarkt, ist es aber noch mehr auf dem Binnenmarkt. Wenn jetzt soviel vom „Dienst an Kunden“ gesprochen und entsprechend gehandelt wird, so ist das immer nur der zweite Schritt. Der erste und wichtigste aber ist, erst einmal den Kunden heranzuholen. Und da gibt es eben nur ein einziges Mittel: Werbung und nochmals Werbung!

## Warum gerade das Zeitungsinterat?

Aber diese wichtige Frage stellt sich der Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, Kommerzienrat Dr. Krumbhaar-Viegnig, in seinem auf dem Deutschen Reklametag in Berlin gehaltenen Vortrag vernehmlich, wobei er ausführte:

„Wer sich auf die Stimmung der Menschen, die durch

## Der Burgfrieden.

### Politische Feiertage.

Der östliche Burgfrieden hat begonnen und wird bis zum 3. April dauern. Während dieser Zeit sollen „die Waffen ruhen, des Krieges Stürme schweigen“. Eine Pause des Ausruhens und der Besinnung für die Wähler, eine Atempause für die Parteien, um neue Kraft zu schöpfen für die Vorbereitungen zur zweiten Reichspräsidentenwahl am 10. April und zu den Preußenwahlen am 24. April. Nach diesen politischen Feiertagen wird der Kampf erneut einsetzen, besonders in Preußen, wo ein erbittertes Ringen um die Volksvertretung und letzten Endes um die Regierung bevorsteht.

Der preußische Innenminister Severing hat Reichszankler Brüning aufgesucht. Es ist anzunehmen, daß die Unterredung auf den starken Widerhall zurückzuführen ist, den die Maßnahmen der preußischen Polizei gegen die NSDAP in der Öffentlichkeit gefunden haben. Über die Bedeutung des beschlagnahmten Materials ist amtlich übrigens noch nichts mitgeteilt worden.

Auch die Mitglieder des Reichskabinetts werden die Gedächtnisfeier benutzen, um sich von den Strapazen der letzten Tage zu erholen. Der Reichszankler hat Berlin verlassen und nimmt mit dem Reichsinnenminister Groener an der Goethe-Feier in Weimar teil. Von Weimar fährt Brüning nach Bayern, wo er einen zehntägigen Osterurlaub verbringen will. Nach seinem Osterurlaub unternimmt der Reichszankler noch einmal eine Reise durch Deutschland, um für die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten einzutreten. Dieser Wahlsfeldzug des Reichszanklers beginnt am 4. April, eine Woche nach Ostern, wenn der „Burgfrieden“ beendet ist. Nachdem Brüning im ersten Wahlkampf im Westen des Reichs, in Berlin und in Schlesien gesprochen hat, will er diesmal in Württemberg, Baden, Ostpreußen (Königsberg), in Hamburg, in Mitteldeutschland (Erfurt) und wahrscheinlich in Pommern (Stettin) sprechen.

Minister Groener wird ebenfalls im Anschluß an die Goethe-Feier seinen Osterurlaub antreten, den er in Mitteldeutschland verbringen wird.

Reichsfinanzminister Dietrich hat bereits seinen Osterurlaub angetreten, Reichsverkehrsminister Trebitsch hat sich zu einer Goethe-Feier nach London begeben. Die Mehrzahl der preußischen Kabinettsmitglieder wird während der Osterwoche von Berlin abwesend sein.

Werbung erfährt werden sollen, sachgemäß einstellt, der hat längst erfahren, daß jede Werbung versagt, die das Publikum zur unrichtigen Zeit oder am unrichtigen Ort überfällt. Ohne weiteres ergibt sich, daß die Zeitungsanzeige nicht zu den Werbungsformen gehört, die störend oder beunruhigend wirken. Im Gegenteil, die Zeitungsanzeige ist vom Leser gerne gesehen; sie wird erwartet, denn der Leser ist auf sie seelisch eingestellt, wenn er seine Zeitung zur Hand nimmt. Er weiß im voraus, daß er im Anzeigenteil vielerlei Ankündigungen findet, er ist, wenn er sich in sein Blatt vertieft, für die Werbung aufnahmefähiger, und das macht ihre große Wirkung aus. Hier sehen wir das entscheidende psychologische Moment für die Überlegenheit der Zeitungsanzeige.

## Hindenburg an den Weimarer Goethe-Ausschuß.

### Die Weimarer Gedächtnisfeier.

Reichspräsident von Hindenburg hat an den Vorsitzenden des Goethe-Ausschusses in Weimar, Staatsminister a. D. Dr. e. h. Leuthener, zur Goethe-Gedächtnisfeier das folgende Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Staatsminister! Es ist mir ein Bedürfnis, auch Ihnen als Vorsitzenden des Weimarer Goethe-Ausschusses und durch Sie der Bevölkerung der Stadt Weimar mein aufrichtiges Bedauern zum Ausdruck zu bringen, daß es mir durch die politische Lage unmöglich geworden ist, der Einladung der thüringischen Regierung zur Goethe-Jahrbundfeier persönlich zu folgen und den Kranz des deutschen Volkes am Sarge des großen deutschen Dichters selbst niederzulegen.

Meine Wünsche begleiten nicht nur den äußeren festlichen Verlauf dieser Feier. Möge der 22. März in unserem Volke den selbstzerstörerischen Streit der Meinungen zurücktreten lassen vor dem Gefühl einer schicksalhaft verbundenen deutschen Kultur- und Volksgemeinschaft, und möge dieser Tag alle Deutschen in und außerhalb der Reichsgrenzen zusammenführen in der Erinnerung an eine große Vergangenheit, in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft, für die wir allen Gewalten zum Trotz über die Not der Gegenwart hinaus Reich und Volk und auch die deutsche Kunst erhalten wollen. Mit freundlichen Grüßen aus Weimar.“

### Burgfriede und Braunschweiger Hitlerjugend.

Der braunschweigische Hitler-Jugend-Tag ist bereits angelegt gewesen, als von einem politischen Osterfrieden noch nichts bekannt war. Auch das Reichsinnenministerium hatte schon damals von dem beabsichtigten Hitler-Jugend-Tag in Braunschweig Kenntnis. In einigen Blättern ist nun die Befürchtung geäußert worden, daß der Jugendtag trotz des durch Notverordnung verfügten Osterfriedens abgehalten werden würde. Das Reichsinnenministerium erklärt hierzu, es könne sich nicht vorstellen, daß Braunschweig gegen eine Verordnung des Reichspräsidenten verstoßen würde.

### Vertagung des Arbeitsbeschäftigungskongresses des ADGB.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat den zum 23. März nach Berlin einberufenen außerordentlichen Gewerkschaftskongress im Hinblick auf den inzwischen verordneten Burgfrieden auf einen späteren Termin vertagt mit der Erklärung, in Anbetracht der Bedeutung und Dringlichkeit der Tagesordnung dieses Kongresses, die als einzigen Punkt die Notwendigkeit der Arbeitsbeschäftigung umfaßt, müsse der allergrößte Wert darauf gelegt werden, daß die Verhandlungen über diese entscheidende Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik nicht durch die Zwangsvorschriften des Burgfriedens behindert oder eingeschränkt werden.

### Die verbotene Uniform.

#### 130 Nationalsozialisten in München-Stadbach verhaftet.

In einem Hause in der Mühlenstraße in München-Stadbach wurde der SS-Sturm in dem Augenblick überfallen, als er in verbotener Uniform (einheitliche Mägen mit besonderem Abzeichen) versammelt war. Von Stadbach-Abend und der ganzen näheren und weiteren Umgebung waren die Mitglieder dem ausbrüchlichen Befehl des Sturmführers, „in verbotener Anzug“ zu erscheinen, gefolgt. Trotz der hohen Strafe, die die Vierte Notverordnung des Reichspräsidenten vorsieht (sein Monat Gefängnis Mindeststrafe), waren etwa 130 Personen erschienen. Sie wurden dem Polizeipräsidium zugeführt. Dabei wurde den Polizeibeamten wiederholt die Drohung zugerufen, daß sie am 24. April ohne Pension fortgejagt und die Nationalsozialisten ihre Stellen einnehmen würden.

Weimar steht schon seit Sonntag vormittag im Zeichen der Goethefeier. Sie begannen mit einer ausgezeichneten Aufführung von Goethes „Urgöy“ durch das Staatliche Schauspielhaus Berlin.

Da die Leitung der Gedächtnisfeier darum gebeten hat, von einer Besetzung wegen des ernststen Sinnes der Gedächtnisfeier abzugeben, ist zwar das äußere Straßenbild nicht besonders verändert. Aber

### überall grüßen Goethebüsten und -bilder.

Am Sonntag vormittag wurde eine Ausstellung Weimarer Künstler eröffnet, die einen Überblick über die bildende Kunst Weimars zurück bis zur Jahrhundertwende gibt. Wertvolle musikalische Darbietungen standen im Mittelpunkt eines Festkonzerts, das die Staatliche Musikhochschule bot. Sie feiert in diesen Tagen ihr 50-jähriges Bestehen, und in ihr Programm kam die Goethemusik des anderen großen Weimarer, Franz Liszt, zum Ausdruck.

In Anwesenheit des Reichsinnenministers Dr. Groener als Vertreter der Reichsregierung wurde die Gedächtnisausstellung aus Goethes Kunstbesitz eröffnet. Die Ausstellung stellt eine Vorschau dar, die nur einen kleinen Bruchteil Goethescher Kunstsammlungen umfaßt. Die wertvollen Mäler sind bisher noch niemals gezeigt worden. Sie geben einen Einblick in Goethes Verständnis für die Ankerungen der bildenden Kunst aller Epochen.

Die Gedächtnisrede am Sterbetag Goethes hält der Präsident der Goethegesellschaft,

### Professor Dr. Julius Petersen.

Im Deutschen Nationaltheater wird am Sterbetag als Aufführung des Wiener Burgtheaters Goethes „Torquato Tasso“ gegeben mit dem Epilog des Kanzlers von Müller aus dem Jahre 1832.

### Goethefeier in Leipzig und Straßburg.

In Leipzig, wo Goethe als junger Student gelebt hat, fand eine vom Rat der Stadt, dem akademischen Senat und dem Reichsgericht veranstaltete Goethefeier statt. Als Vertreter der Reichsregierung war Minister Dr. Groener erschienen.

Auch in der Goethestadt Straßburg fand als Auftakt zu einer Reihe von Erinnerungsfeiern eine Gedächtnisfeier statt, bei der der Rektor der Universität die Festrede hielt.

## „Alle Kraft auf Preußen!“

Die Entscheidung des Stahlhelms.

Der Stahlhelmpressdienst schreibt zu der Tagung des Bundesvorstandes des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, u. a.: Der Stahlhelm ist der Überzeugung, daß der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl für ihn keinerlei politisches Interesse mehr besitzt, da die eigentliche Entscheidung trotz des Fehlens von 0,4 Prozent an der absoluten Mehrheit schon im ersten Wahlgang gefallen ist. Infolgedessen richtet sich die gesammelte politische Energie des Bundes, die durch die letzten Kampfwochen noch größer geworden ist, als sie es vorher war, in einmütiger Geschlossenheit auf das nächste große Ziel: die Beseitigung des heute in Preußen herrschenden Systems.

So klar die Hauptkampfrichtung des Stahlhelms auf Beseitigung des heutigen Systems geht, so unverändert ist auf der anderen Seite der schon bei der Reichspräsidentenwahl vertretene Standpunkt, daß eine einseitige Diktatur einer bestimmten Partei nicht in Frage kommt. Falls die Nationalsozialisten an diesem einseitigen Vornachwärtsschritt unbedingtheit festhalten, nehmen sie damit die Verantwortung für eine Entwicklung der Dinge auf sich, die den zweifellos vorhandenen gemeinsamen Interessen der Harzburger Front schnurstracks entgegenläuft.

Praktisch wird das Eingreifen des Stahlhelms bei den Preußenwahlen auf eine Befürwortung der Parole der Deutschen Nationalen Volkspartei hinauslaufen. Die innere Freiheit des Bundes von allen Einflüssen der Parteipolitik wird dadurch in keiner Weise berührt. Wohl aber hält er es für seine Pflicht, bei der elementaren politischen Bedeutung der Preußenwahl alle Kräfte einzusetzen, um den Sturz des heutigen Systems herbeizuführen.

## Beförderungssperre in Preußen ab 1. April aufgehoben.

In Preußen ist die Beförderung der Staats- und Gemeindebeamten ab 1. April 1932 allgemein wieder freigegeben worden.

## Graf Zeppelin über Marokko.

London, 21. März. Um 17.45 Uhr (MEZ.) überflog das Luftschiff „Graf Zeppelin“ Tanger und um 19.45 Uhr (MEZ.) Mogador (Marokko).

## Amerikas Berliner Botschafter in Paris.

Er unterrichtet Tardieu über die Lage in Deutschland. Der Berliner Botschafter der Vereinigten Staaten, Sackett, hatte in Gegenwart des Pariser Botschafters Edge eine lange politische Aussprache mit Tardieu gehabt.

Dieser Besuch Sacketts hat die Vermutung aufkommen lassen, daß die Vereinigten Staaten in der Schuldenfrage einen neuen Schritt vorbereiten. Von amerikanischer Seite wird dazu erklärt, daß es sich lediglich um den Gegenbesuch des Botschafters Sackett auf den Besuch des Botschafters Edge in Berlin handele. Wie es damals Edge darauf ankommen sei, nicht nur seinen Berliner Kollegen, sondern auch deutsche Regierung- und Wirtschaftsführer über seine französischen Beobachtungen zu unterrichten, so solle der Besuch Sacketts dazu dienen, die französischen Staatsmänner über die Lage in Deutschland und die Auffassung der deutschen Regierung aufzuklären.

## Der Donauplan vor der Internationalen Handelskammer.

Paris. Die Internationale Handelskammer hat die Vorsitzenden der nationalen Verbände von Deutschland, Österreich, Frankreich, England, Ungarn, Italien, Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei, Südlawien sowie Vertreter der bulgarischen Handelskammer zur Teilnahme an einer vom 16. bis 23. April in Innsbruck stattfindenden Tagung eingeladen, auf der die Lage der Donauländer geprüft und festgestellt werden soll, welche Maßnahmen für ihre wirtschaftliche Annäherung am besten seien.

## Rumänien wartet ab

Bukarest, 21. März. Der rumänische Ministerrat über den deutschen Vorschlag, das Vorzugszollabkommen in Gang zu setzen, ist ergebnislos verlaufen. Rumänien will sich augenscheinlich nach seiner Seite neigen und sich erst dann entscheiden, wenn der Tarifplan greifbare Formen anzunehmen beginnt. Das Bestreben, Zeit zu gewinnen, ist offensichtlich. So meldet der „Abedurul“, daß die rumänische Regierung gestern in Berlin angefragt habe, ob „Angangegangene“ des Vorzugszollabkommens gleichbedeutend mit „Antragslegung“ sei. Das ist offenbar zu dem Zweck geschehen, um vorläufig eine klare Stellungnahme vermeiden zu können.

## Die Kriegsschäden in Shanghai.

350 000 Personen arbeitslos.

Die chinesischen Behörden schätzen die durch die Japaner angerichteten Schäden in Shanghai auf rund einhalb Milliarden Silberdollar. Die Zahl der getöteten chinesischen Zivilisten wird auf 8080 angegeben. 70 Prozent des chinesischen Eigentums in der besetzten Zone ist zerstört. Der Wert der vernichteten Gebäude wird auf 240 Millionen Silberdollar und der der vernichteten Fabriken auf 68 Millionen Silberdollar berechnet. Rund 350 000 Menschen sind arbeitslos geworden.

Der gesamte Vertrieb in den Universitäten und Schulen ist eingestellt. 3000 Lehrer sind beschäftigungslos geworden. Zwölf höhere Schulen, 17 Mittelschulen und 49 Elementarschulen sind zerstört, was zusammen einen Schaden von etwa 14 Millionen Silberdollar ausmacht. Die Verluste der Eisenbahnen werden auf 17 Millionen Silberdollar berechnet. Der Wert der zerstörten Brücken und Straßen wird auf 1,4 Millionen Silberdollar sowie derjenige an vernichteten Hafenanlagen usw. auf 10 Millionen Silberdollar geschätzt. 80 Prozent aller Baumwollspinner sind erwerbslos.

## Vorkäufiges Abkommen zwischen Japan und China in Shanghai.

Durch Vermittlung der ausländischen Diplomaten ist zwischen den Vertretern Japans und Chinas nunmehr ein Abkommen zustande gekommen, wonach am Mittwoch nach Ostern eine neue Konferenz stattfinden soll. Die Aussichten der bevorstehenden Konferenz werden aber von unterrichteten Kreisen pessimistisch beurteilt.

# Meißner Bauern am Ende ihrer Steuerzahlkraft!

## Ueber die bisherige Tätigkeit der landwirtschaftlichen Notgemeinschaft

berichtet am Sonnabend nachmittag in einer starkbesuchten Versammlung des Bezirkslandbundes Meißner im großen Saal — es mochten gegen 800 Landwirte und Landfrauen anwesend sein — der Gutsbesitzer Strauch (Trogen), der Vorsitzende des Steuerausschusses des Bezirkslandbundes. Er führte aus, daß die Landwirtschaft des hiesigen Bezirks der vom Sächsischen Landbunde ausgegebenen Parole zu engem Zusammenschluß fast restlos gefolgt sei. Von den rund 3000 Landwirten des Bezirks haben sich etwa 800 besonders bedrängte der engeren Notgemeinschaft angeschlossen. Sie haben erklärt, daß sie nicht imstande sind, ihre Wirtschaften bis zur nächsten Ernte weiterzuführen, wenn ihnen nicht wesentliche Steuererleichterungen gewährt werden. Ihre Forderungen sind der Amtshauptmannschaft Meißner und den Finanzämtern Meißner, Riesa und Niesla unterbreitet worden, und eine Kommission von vier Herren ist noch persönlich bei den betreffenden Beamten vorstellig geworden. Amtshauptmann Schmidt habe wohlwollende Prüfung und Unterstützung zugesagt, soweit sie in seinen Kräften stehe, aber auch auf die Notwendigkeit verwiesen, sich vorher mit dem Finanzministerium ins Benehmen zu setzen. Abwägliche Antworten hat die Kommission in den Finanzämtern erhalten, in denen besonders darauf hingewiesen wurde, daß man den vorgebrachten Forderungen schon insofern Rechnung getragen habe, als man von Zwangsmassnahmen absehen wolle, bis eine endgültige Entscheidung über die Aktion des Landbundes gefallen sei. In den letzten Tagen sind nun die Antworten der Behörden eingegangen, und zwar die der Amtshauptmannschaft durch das Finanzministerium. Es sei

nicht allzuviel Erfreuliches

in diesen Antworten enthalten, vor allem in der des Sächsischen Finanzministeriums. Sie stellen sich auf den Standpunkt, daß die Landwirtschaft nicht schlimmer leide als andere Berufsstände, und daß deshalb ein genereller Steuererlaß bis zur Ernte eine Ungerechtigkeit wäre. Nur in ganz besonderen Fällen könnten Steuererlässe genehmigt werden. Daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte heute teilweise nur 54—80% des Friedenspreises betragen, daß aber der Landwirt seine Bedürfnisse noch immer 20—30% über Friedenspreise bezahlen müsse, daß die sozialen Lasten und die Steuerbelastung sich um 450% erhöhten, scheine den Behörden unbekannt zu sein. Die Ursache dieses vorläufig negativen Erfolges liege darin, daß die Aktion nicht gleichzeitig von allen Bezirkslandbünden unternommen worden ist. Teilweise seien die Bezirkslandbünde mit ihren Vorbereitungen noch im Rückstande.

Als eine starke Zumutung muß es wohl empfunden werden, wenn den Landwirten noch zugemutet wird, für den zur Behebung ihrer Notlage unternommenen Schritt

nach Stempelsteuer zu bezahlen,

nämlich je 1,80 Mark für die Vollmachten, welche die 800 Landwirte der Kommission ausgestellt haben, und das Finanzministerium glaubt den betreffenden Landwirten noch eine Gnade zu erweisen, wenn es Anweisung gegeben hat, die auch noch an die Amtshauptmannschaft zu bezahlende Stempelsteuer nicht zu erheben.

Zu einigen grundsätzlichen Ausführungen nimmt nach dem Bericht zunächst der Vorsitzende des Bezirkslandbundes, Herr Zimmermann, das Wort. Er weist darauf hin, daß der Landbund aus Mitgliederkreisen schon seit langem immer wieder aufgefordert worden ist, endlich einmal ernsthafte Schritte zu unternehmen. Bisher sei es den Landwirten immer noch möglich gewesen, ihren Verpflichtungen durch Kredite zu genügen. Jetzt aber gibt es

keine Kreditmöglichkeiten mehr,

selbst nicht für wenig besetzte Grundstücke. Die Realkreditinstitute seien so gut wie brachgelegt, und andere Geldgeber sind natürlich nicht geneigt, Gelder in der in verzweifelter Lage befindlichen Landwirtschaft anzulegen. Man laufe natürlich lieber steuerfreie Reichsbahnanleihe! Es sei schwer zu verstehen, daß die Behörden in der jetzigen Aktion der Landwirtschaft ein Scheinmanöver erblicken wollen. Sie sollten es sich wohl überlegen, daß sie Gefahr laufen,

zu Mißbrauch einer möglichen Wiedereinführung der Brotkarte

zu werden. Die Erhebung der Stempelsteuer sei in diesem Falle eine bewußte Unfreundlichkeit von Seiten der Behörde. Der Landbund sei sich der Konsequenzen seiner Aktion und seiner Verantwortung bewußt. Man denke nicht an Steuerhinterziehung, erkläre es aber als ein Umding, von Betrieben Steuer zu verlangen, die mit Unterbilanz arbeiten, die nicht nur keine Ueberlässe abwerfen, sondern nicht einmal Kredite bekommen, um ihre Steuern zu bezahlen. Die Aktion solle der Regierung vor Augen führen, wohin die Wirtschafts- und Steuerpolitik der letzten Jahre geführt hat. Die anderen Bezirksverbände würden in den nächsten Tagen dem Vorgehen des Meißner Landbundes nachfolgen. Das moralische Recht stehe auf Seiten der Landwirtschaft. Aber man werde nur auf legalem Wege sich das bisher verweigerte Recht erkämpfen.

Vom Steuerberater Herrn Schulz wird darauf der Wortlaut der teilweise sehr umfangreichen Antwortschreiben der Behörden vorgetragen. Er schickt dem aber

einige Feststellungen

voraus. Die 731 Betriebe, welche den Behörden unterbreitet worden sind, umfassen 15 480 Hektar mit einem Einheitswert von 28,7 Millionen Reichsmark nach dem Stande von 1928. Die Hypothekenschulden betragen 15 Millionen; dazu kommen noch 22 Millionen laufende Schulden. Das ist

## Pommerscher Provinzialhaushalt abgelehnt.

Im Pommerschen Provinzialparlament wurde nach Schluß der Haushaltsausprache und nach Erledigung der Abstimmungen über die Zusatzanträge die Schlußabstimmung über den Haushalt selbst vorgenommen. Der Haushalt, der einen Fehlbetrag von rund 500 000 Mark ausgewiesen hätte, wurde mit 37 zu 36 Stimmen abgelehnt. Gegen den Haushalt stimmten die Deutschen, die Nationalsozialisten und die Kommunisten.

Nach der Verkündung dieses Ergebnisses erklärte der Staatskommissar, Oberpräsident Dr. von Halfern, daß er nunmehr als Staatskommissar die notwendigen Maßnahmen ergreifen würde, um den Haushalt für die Provinz aufzustellen.

eine durchschnittliche Verschuldung in Höhe von 60% des Einheitswertes.

Dazu komme ein Fehlbetrag des Wirtschaftsjahres 1931/32 von mindestens 1,9 Millionen, so daß sich eine Gesamtverschuldung von rund 19 Millionen ergibt. An der Spitze stehe der Bezirk Kommtag, mit durchschnittlich 70%; auf Wilsdruff-Rosien entfallen reichlich 60%, auf Meißner über 50%. Bei einer ganzen Anzahl der Betriebe sei die Grenze von 100% überschritten.

Aus der Antwort des Finanzamtes Meißner sei hervorgehoben, daß die Anträge des Landbundes dem Grundgesetz gleichmäßiger Behandlung aller Steuerzahler widersprächen, aus der Antwort des Finanzministeriums, daß Vorauszahlungen grundsätzlich nicht erlassen werden könnten und ebenso eine Einstellung familiärer Zwangsmassnahmen nicht verfügt werden könne. Der schwierigen Lage der Landwirtschaft sei bereits fest Rechnung getragen. Das besonders umfangreiche Schreiben des Finanzministeriums an den Sächsischen Landbund führt u. a. aus, daß selbstverständlich die Meißner Landwirte nicht anders behandelt werden können, als die anderen Landwirte Sachsens. Das Finanzministerium meint deshalb, daß nicht ein einzelner Bezirkslandbund, sondern der Landesverband hätte vorgehen, sich vorher aber mit dem Ministerium in Verbindung setzen sollen und dann vielleicht ein Vorgehen unterlassen hätte, das kaum Erfolg verspräche. Das Schreiben hebt weiter die Interessen von Staat und Gemeinde hervor und meint, daß ein genereller Steuererlaß den Gegensatz zwischen Stadt und Land noch verschärfen würde. Durch Wegfall der Grundsteuer würden die Gemeinden nicht mehr in der Lage sein, ihren Verpflichtungen gegenüber den Erwerbslosen nachzukommen, was zu Vorgängen führen könne, denen gegenüber die Steuerzahlung das kleinere Übel sei. Der Wegfall der Grundsteuer würde auch eine Entziehung der Reichsbank zur Folge haben und eine schwere finanzielle Gefährdung der sächsischen Regierung bedeuten. Die Forderungen seien schlechthin unerfüllbar.

In der Aussprache

kam die bisher zurückgehaltene Entrüstung über die Haltung der Behörden zu stärkstem Ausdruck. Es wird erwähnt, daß in Pommern 400 große Güter pleite seien. Scheinbar wolle es das sächsische Finanzministerium in Sachsen ebenso weit kommen lassen. Gegenüber dem Anführen der Behörden, daß einige der eingedehnten Betriebe nur gering hypothekarisch belastet seien, wird auf die Unmöglichkeit der Beschaffung weiterer Gelder verwiesen und das Vorgehen des Meißner Bezirks in dieser Aktion damit erklärt, daß dieser Bezirk zwar zu den ertragreichsten, insofern aber auch zu den höchstbesteuerten gehört und den Steuerdruck mit am stärksten fühlt. Körner (Wilsdruff) führt u. a. aus, wenn die Behörden das ihnen übergebene Material so oberflächlich behandeln, so seien sie schuld daran, wenn der Landwirt zur Selbsthilfe der Produktionsbeschränkung greife. Vor den Raubzügen aufs Land werde man sich zu schützen wissen. Frau Abbel forderte die Einbeziehung der etwa 4000 selbständig wirtschaftenden sächsischen Landfrauen in die Front. Wittig (Seebühn) dankt dem Landbund für sein Vorgehen. Ein Vertreter des Bezirkslandbundes Dresden-Neustadt berichtet über den trostlosen Stand der dortigen Berufsgenossen. Darauf wird

eine Entschließung

einstimmig angenommen. Es heißt darin u. a.:

Es wird festgestellt, daß die Entschließungen der Behörden, insbesondere jedoch die des Finanzministeriums, keinesfalls ungenügend unterrichtet sind, obwohl wir in unserer Eingabe vom 20. Februar 1932 durch die Wirtschaftsfragebogen für jeden Betrieb individuell die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse dokumentiert haben. Wir sind entrüstet darüber, daß das Sächsische Finanzministerium die sonst immer gebotene individuelle Arbeit nur oberflächlich behandelt hat.

Im Auftrage und in Vollmacht haben wir daher beiden Behörden nochmals zu erklären, daß die in der engeren Notgemeinschaft zusammengeschlossenen Mitglieder nach wie vor außerstande sind, Steuerzahlungen bis zur nächsten Ernte zu leisten.

Im Interesse der Volksernährung haben die Bauern im Meißner Bezirk es für ihre Pflicht angesehen, ihre Wälder und ihre Viehbestände aufs intensivste zu bewirtschaften. Diese intensive Bewirtschaftung war nur möglich durch verstärkte Aufnahme von Krediten. Bei normalen landwirtschaftlichen Produktionspreisen war es leichter, diese Kredite zu verzinsen. Jetzt aber, unter dem Druck der ersorderten niedrigen Preise für dieselben und bei der Kreditperspektive, ist es den gefährdeten Betrieben nicht mehr möglich, diese Wirtschaftsweise fortzusetzen. Der Kredit ist stärker geworden, als die Möglichkeit des Betriebes, ihn zu verzinsen.

Heute sind etwa 800 Meißner Bauern am Ende ihrer Kraft, und es bleibt, wenn die Behörden ihnen nicht entgegenkommen, nur noch der Weg

der Einschränkung der Produktion durch ertensives Bewirtschaften übrig. Dadurch aber droht die

Gefahr einer Hungersnot, die den Volkswismus zur Folge hat.

Sollten aber die zuständigen Behörden zu Zwangsmassnahmen greifen, so sieht sich der Bezirkslandbund außerstande, die sich hieraus ergebenden Folgen abzuwenden.

Wir halten es daher für unsere Pflicht, im Interesse der deutschen Volksernährung die Steuerbehörden letztmalig zu warnen.

## Amerikanische Ehrung für Robert Koch.

Die 50-Jahr-Feier

der Entdeckung des Tuberkulosebazillus. Präsident Hoover hat einen Aufruf an das amerikanische Volk erlassen, in dem er zur 50-Jahr-Feier der Entdeckung des Tuberkulosebazillus auffordert, die zusammen mit der übrigen Welt am Donnerstag begangen werden soll.

Im Aufruf zollt er unbegrenzte Ehre dem Entdecker Professor Robert Koch, der die Wälder auf der Siegenbahn gegen die Zerstörungskräfte der Natur gekämpft habe. Hoover weist ferner darauf hin, daß die Tuberkulosesterblichkeit in den Vereinigten Staaten seit 1882 auf ein Viertel zurückgegangen sei. Die Wissenschaft schreite auch heute noch auf dem von Koch gewiesenen Wege fort.

# Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 22. März 1932.

Werkblatt für den 23. März

Sonnenaufgang 6<sup>59</sup> | Mondaufgang 20<sup>59</sup>  
Sonnennuntergang 18<sup>19</sup> | Monduntergang 6<sup>59</sup>  
1924: Der deutsche Kolonialpolitiker Graf v. Helldorf

## Reichsopfer- und Werbetag für Jugendherbergen.

Am 16./17. April führt der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen mit Hilfe seiner Gau- und Ortsgruppen in den meisten Teilen unseres Vaterlandes einen Reichsopfer- und Werbetag für Jugendherbergen durch. Ihm liegt der Gedanke zugrunde, daß das Jugendherbergswert als ein Wert für die gesamte deutsche Jugend in der heutigen Notzeit der Unterstützung und der Förderung des gesamten Volkes wert ist. Es kommt darauf an, der Jugend den Weg in die Natur offenzuhalten, weil nach übereinstimmender Auffassung weitestgehend gerade im regelmäßigen Wandern eine beachtliche Möglichkeit zur körperlichen und geistigen Festigung und Stählung liegt. Für die erwerbslosen Jugendlichen hat das Wandern und Leben in der Natur erhöhte Bedeutung. Das Wandern der Jugend ist heute untrennbar mit der Jugendherberge verbunden. Sie ist eine Heimstätte der deutschen Jugend aller Lager und zugleich ein wichtiger Anknüpfungspunkt zur Überwindung der Trennungslinien innerhalb unseres Volkes geworden.

Der Reichsopfer- und Werbetag für Jugendherbergen soll zur Selbsthilfe aufrufen. In den meisten Ländern werden Straßen- und Hausammlungen unter weitgehender Mitwirkung der Jugendverbände aller Richtungen, dazu Werbeveranstaltungen und Film- und Lichtbildvorführungen stattfinden. Es ergeht an alle die herzlichste und eindringliche Bitte, an diesen Tagen sich bereit zu halten, um nach besten Kräften zum Reichsopfer für das notleidende Jugendherbergswert beizutragen. Jeder Spender wird dadurch mitwirken können, ein Volkswort aufrechtzuerhalten, das aus dem Jugendlichen nicht mehr fortzubringen ist und eine wichtige Aufgabe für Gegenwart und Zukunft zu erfüllen hat.

**Landeskirchliche Notverordnung.** Das Ev.-luth. Landeskonsistorium erläßt jochen eine neue Notverordnung, nach der bis zur Bekanntmachung des endgültig festgestellten Haushaltsplans der evangelisch-lutherischen Landeskirche für das Rechnungsjahr 1932 die zur Fortführung der landeskirchlichen Verwaltung nötigen Ausgaben weiterzuleisten sind. Hierbei sind die im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1931 enthaltenen Titel unter Berücksichtigung der eingetretenen Kürzungen maßgebend.

**Wohlfahrtsmärkte.** Die Wohlfahrtsmärkte der Deutschen Reichspost werden nur noch bis Ende März verkauft. Jeder, der die Not im Volke lindern möchte, findet hierzu eine gute Gelegenheit, wenn er die Wohlfahrtsmärkte zur Freimachung seiner Osterwunschkarten usw. verwendet. Die Wohlfahrtsmärkte sind noch bis Ende August gültig.

**Aus dem Autobus gestürzt.** Als in der Nacht zum Montag das von Dresden nach Wilsdruff verkehrende fahrplanmäßige Postauto kurz nach 11 Uhr in der Nähe des Kaufbacher Weges fuhr, sprang plötzlich die Türe desselben auf und ein junges Mädchen stürzte heraus auf die Straße. Glücklicherweise hatte sie sich keine bedeutenden Verletzungen zugezogen.

**Verbandsberufsschule.** Gelegentlich der Entlassungsfeier wurden verschiedene Schüler mit Bacherpremiolen belohnt, darunter auch Martin Kröber aus der Schuhmacherfachklasse (nicht Hooper, wie in unserem Berichte zu lesen war).

**Eine Preisermäßigung für Postbedienstete** ist in Kraft getreten. Das Ueberweisungsheft kostet nur noch 55 Kpf., das Schedelst 70 Kpf., ferner kosten die Tragüberweisungen 100 Stück 55 Kpf., die Zahlungsanweisungen 100 Stück 90 Kpf., die gelben Schedelstumschläge 50 Stück 30 Kpf. Auch für die von den Postbediensteten gelieferten Zahlkarten und Formblätter mit anhängender Zahlkarte gelten bei Abnahme von 400 Stück ermäßigte Preise, über die die Postbediensteten Auskunft erteilen.

**Keine Spirituspreiserhöhung.** Trotz der in den Zeitungen vorher erklärten Spirituspreiserhöhung seitens der Monopolverwaltung ist am 19. 3. 1932 von Vertretern des Reichsfinanzministeriums usw. in der Ausschussung eine Spirituspreiserhöhung abgelehnt und auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Im Augenblick bleibt alles beim Alten. Selbst der Monopolpräsident ist sich durchaus im Klaren darüber, welche verhängnisvollen Wirkungen für das Gewerbe und das Monopol zu befürchten sind. Wieder ist eine mit großer Aufmerksamkeit angelegte Preiserhöhung gescheitert.

**Reichsbahn und Handwerk.** Am dem deutschen Handwerk bei der jetzigen Notlage eine besondere und schnelle Hilfe zuteil werden zu lassen, sind die Vergebungsstellen der Reichsbahn, wie die Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz erfährt, angewiesen worden, zur Belegung des Arbeitsmarktes einen Teil der Leistungen und Lieferungen für das Geschäftsjahr 1932 so zeitig zu vergeben, daß mit der Ausführung der Aufträge schon in den ersten Monaten des Jahres 1932 begonnen werden konnte. Hierbei wurden vorwiegend solche Arbeiten berücksichtigt, die von Handwerkern im Winter ausgeführt werden konnten. Auch die handwerksmäßigen Instandsetzungsarbeiten werden, soweit es sich nicht um kleine Ausbesserungsarbeiten handelt, allgemein durch Vergebung der Arbeiten an Handwerksmeister ausgeführt. Dieser Grundsatz kann jedoch nicht ganz ohne Ausnahme durchgeführt werden, weil bei der Eigenart des Eisenbahnbetriebes die Heranziehung von Handwerkern zu Ausbesserungsarbeiten sich nicht immer ermöglichen läßt. Die vielfach verteilte Lage der Ausbesserungsarbeiten an einer Bahnstrecke und die oft schwierige Zugänglichkeit der Reichsbahnbauten machen es häufig erforderlich, kleine Ausbesserungs- und Instandsetzungsarbeiten mit den eigenen Arbeitskräften schnell auszuführen. Für diese Zwecke werden bei den Bahnmeistereien einzelne Handwerker beschäftigt, die einfache und kleinere Arbeiten des Maurer-, Zimmer-, Tischler- und Dachdeckerhandwerkes ausführen können. Zur weiteren Förderung des Handwerkes und des Kleingewerbes ist bei jeder Reichsbahndirektion ein Dezernent bestimmt worden, dessen besondere Aufgabe es ist, Wünsche der Handwerkskammern sowie der Vertreter des ansässigen Handwerkes entgegenzunehmen.

**Lastwagen nicht überladen.** — Polizeikontrollen bringen hohe Strafen! Immer wieder kommen aus den Kreisen der Wegebaupflichtigen, aber auch von den Hausbesitzern und Straßenanwohnern Beschwerden über Schäden aus dem Last-

kraftwagenverkehr. Dabei wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die meisten Lastfahrzeuge über ihre in der Zulassung festgelegten Ladegewichte hinaus überladen werden. Die Polizeibehörden haben infolgedessen Anweisung bekommen zur regelmäßigen Gewichtsnachprüfung an den Lastkraftwagen, deren Durchführung in vielen Fällen den Betroffenen ziemlich hohe Strafe brachte. Wir wissen genau, daß Überladung keine Allgemeinercheinung ist, daß doch der Fahrzeugbesitzer schon im Interesse der Lebensdauer seines Fahrzeuges gar kein Interesse daran, möchten aber trotzdem die Fahrzeugführer besonders auf die Gefahr der Wagenkontrolle hinweisen, da sehr oft aus Gedankenlosigkeit oder Unkenntnis das Fahrzeug überladen wird.

**Krausitz.** Am Donnerstag wurden 33 Kinder (16 Knaben und 17 Mädchen) aus der hiesigen Volksschule entlassen. Zahlreich hatten sich Eltern, das Lehrerkollegium u. Angehörige der Schulförpationen eingefunden, um der Feier beizuwohnen. Demonstrationen, Chorgesänge und andere Darbietungen umrahmten die Ansprache des Herrn Lehrer Müller, der auch anschließend die Ausbändigung der Zeugnisse und Entlassung aus dem Schulverband vornahm.

**Mohorn.** Schulisches. Frau Luise Ludwig, die seit 1. November an hiesiger Schule wie in Pohrsdorf wirkte, mußte auf Anweisung des Bezirkschulrates für Dresden 2 ihren Dienst wieder aufgeben. Die Stunden übernimmt das Lehrerkollegium mit, während in Grund und Pohrsdorf Lehrer Entschel aus Hintersdorf mit tätig sein wird. Die vierte Lehrstelle an der Schule zu Herrndorf-Hehdorf ist ebenfalls eingezogen worden. Somit scheidet Lehrer Ringel aus dem Kollegium aus.

## Kirchennachrichten.

**Kesselsdorf.** Mittwoch: 9 Uhr vorm. Privatbeichte der Reakonfirmierten.

## Bereinstalender.

**Freiw. Feuerwehr.** 22. März Jahreshauptversammlung.

**Bezirks-Obstbauverein.** 22. u. 23. März Obstbaulehrgang.

## Wetterbericht.

**Vorhergabe der Sächsischen Landeswetterwarte für den 23. März:** Wolkig bis heiter ohne wesentlichen Niederschlag. Im späteren Verlaufe möglicherweise dunstig. Nachts auch in der Ebene mehrere Grad Frost. Tagestemperaturen in der Niederung über Null. Vorherrschend schwache Luftbewegung veränderlicher Richtung.

## Sachen und Nachbarchaft

### Die Finanzlage der Gemeinden.

Sofortige Hilfsmaßnahmen für das Haushaltsjahr 1932 gefordert.

Die Lage der Gemeindefinanzen im neuen Haushaltsjahr bildete den Gegenstand einer Pressebesprechung, zu der die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände — Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Reichsstädtebund und Deutscher Landgemeindegang — eingeladen hatte. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Müller, gab einen Überblick über die finanzielle Lage der Gemeinden und betonte, daß die Gemeinden hinsichtlich des neuen am 1. April beginnenden Haushaltsjahres 1932 sich in einer äußerst schwierigen Lage befinden. Bei der überwiegenen Mehrzahl der Gemeinden und Gemeindeverbände sei ein Ausgleich des neuen Haushaltsplanes überhaupt nicht möglich, vor allem deshalb, weil der Finanzausgleich in den letzten Jahren von Reich und Ländern immer mehr zum Nachteil der Gemeinden verändert worden sei.

Insbesondere aber drohen die ins Unermessliche steigenden gemeindlichen Wohlfahrtsauswendungen für die Erwerbslosenfürsorge zu einer Katastrophe zu führen. Zu ihrer Abwendung müsse vor allem die Vereinfachung der Erwerbslosenbetreuung gefordert werden. Sei diese zum 1. April nicht durchgeführt, so müßten sofortige vorläufige Hilfsmaßnahmen getroffen werden, und zwar durch Weitergewährung der bisherigen Reichshilfe für die Gemeinden in mindestens der bisherigen Höhe von 250 Millionen Mark, ferner sofortige Abstopfung der neuen Zugänge zur Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge, sowie — gleichfalls als vorläufige Zwischenlösung — die Rücküberweisung von gemeindlichen Wohlfahrts-erwerbslosen an die Arbeitsfürsorge. Würden diese Forderungen nicht erfüllt, so bliebe nur der Ausweg, die Bürgersteuer das ganze Jahr weiter zu erheben. Aber alle diese vorläufigen Hilfsmaßnahmen des Reiches könnten und dürften die immer dringlichere grundsätzliche Reform der gesamten Erwerbslosenfürsorge nicht aufhalten.

### Privatklage um die Beamtengehälter.

Seitens dreier Mitglieder des Landesverbandes der höheren Beamten Sachsens ist gegen den sächsischen Staat und die Stadt Dresden beim Dresdner Landgericht eine Klage anhängig gemacht worden, die sich gegen alle wesentlichen Gehaltsstürzungen der Reichsnotverordnungen der sächsischen Sparverordnung und der durch diese veranlaßten Maßnahmen der Städte richtet. Wie wir vor einiger Zeit berichteten, hatte die sächsische Landesorganisation des Deutschen Beamtenbundes beim Staatsgerichtshof gegen den sächsischen Staat eine Klage eingereicht, die sich mit den gleichen Dingen befaßt.

**Dresden.** Über 2 Millionen Wohlfahrtsleistungen. Die von der Stadt im Februar für Wohlfahrts-erwerbslose und sonstige Bedürftige sowie für die Kriegserwerbslosen ausgewendeten Unterstützungssummen betragen insgesamt 2.029.358 Mark, von denen über 1,5 Millionen Mark auf die Wohlfahrts-erwerbslosen entfielen. In diesen Zahlen sind die Aufwendungen für die gesamte Gesundheits- und Anstaltsfürsorge, für Blinde und andere besondere Gruppen von Hilfsbedürftigen nicht enthalten.

**Freiberg.** Gutsbrand. Nachts brannte in Linda ein Seitengebäude des Rittergutes bis auf die Umfassungsmauern nieder. Ritterbrann sind wertvolle landwirtschaftliche Maschinen, Heu, Stroh und andere Vorräte. Man vermutet Brandstiftung.

**Limbach.** Verfassungsänderung abgelehnt. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde einer Änderung der Verfassung der Stadt Limbach, weil die Zweidrittelmehrheit fehlte, nicht zugestimmt. Der Antrag der bürgerlichen Fraktion besagte, daß der Rat nur aus dem 1. Bürgermeister, dem Bürgermeister und fünf ehrenamtlichen Stadträten bestehen solle. Die Zahl der Stadtverordneten sollte 17 betragen. Gegen die Stimmen der Linken wurde ein Mißtrauensantrag gegen den 1. Bürgermeister Schubardt angenommen.

**Bischofswerda.** Der „Kanalarbeiter“ tritt wieder auf. Ein sonderbarer Schwärmer tritt seit einiger Zeit in der hiesigen Umgebung in der Person des Paul Birch aus Wartha auf. Dieser vertritt seit etwa fünfzehn Jahren die erfindlich wohl kaum auszuführende „Dee“, einen Spree-Weisheit-Elbe-Kanal zu bauen, von dem er sich im Weg eines „Arbeitsbeschaffungsprogramms“ sehr viel für die beteiligten Gemeinden verspricht. In großen, primitiv angefertigten Kartenstücken ist dieser ominöse Kanal in seiner ganzen Länge rot eingezeichnet. Birch führt auch selbstgebaute „Wagenfähne“ nebst anderen Erfindungen auf Flüssen und Teichen vor und hat auch sonst von sich reden gemacht, so daß ihm im Vorjahre eine Zeitlang das Auftreten im Saugner Bezirke behördlich verboten werden mußte. Die Besucher seiner hiesigen Versammlung gerieten in unbändige Heiterkeit. (Nebenfalls war das freie Feld auf den Wahlzetteln für die Reichspräsidentenwahl sicher für Birch bestimmt.)

**Benig.** Angenommener Haushaltsplan. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde der Haushaltsplan für 1932, der mit einem Fehlbetrag von 165.900 Mk. abschließt, gegen vier kommunistische Stimmen angenommen.

## Raubüberfall in der Riesaer Straße.

Dresden. In der Riesaer Straße wurde gestern vormittag auf eine Angestellte des Görlitzer Waareneinkaufsvereins ein Raubüberfall verübt. Die Täter erbeuteten 1500 Mk. Einer von ihnen entzog der Angestellten auf der Barabarastraße auf dem Grundstück der Nähmatag-A.G. einen kleinen Stadtkoffer, der das Geld enthielt. Die Angestellte setzte sich heftig zur Wehr und rief laut um Hilfe. Sie versuchte, den Räuber festzuhalten. Dieser aber sprang in einen kleinen Kraftwagen, der mit zwei weiteren Personen besetzt war und sofort Vollgas gab. Die Angestellte klammerte sich am Wagen fest, mußte aber, um nicht überfahren zu werden, loslassen. Obwohl verschiedene Personen den Überfall beobachtet hatten, konnten die Räuber unerkannt entkommen. Die Angestellte wurde leichtverletzt in die Krankenstube der Nähmatag gebracht. Dort leistete ihr ein Arzt die erste Hilfe. Es wurde festgestellt, daß die Überfallene einen Nervenschock und eine Prellung mit Bluterguss am Knie erlitten hat. Die Räuber suchten ihren Kraftwagen durch übermäßig starkes Gasgeben und schnelle Flucht allen Beobachtungen und Feststellungen zu entziehen. Trotzdem konnte ermittelt werden, daß sich die Räuber eines himmelblau-grünlich gestrichenen, offenen Sportwagens mit Aluwetterdach bedienten, der das Erkennungszeichen IV — 78 559 trug.

## Im Schatten des zweiten Wahlganges.

Hitler spricht viermal in Sachsen.

Hitler spricht am 3. April in Sachsen, und zwar um 12 Uhr in Dresden, 15 Uhr in Leipzig, 18 Uhr in Chemnitz und 21 Uhr in Plauen.

## Schadenfeuer in Koblühle.

Langwieriger Brand in der Pinoleumfabrik.

Im mittelfsten der drei nebeneinandergelegenen 60 Meter langen und 10 Meter breiten Trockenräume der Pinoleum- und Wachstuchfabrik in Koblühle brach infolge Selbstentzündung ein Brand aus, worauf die freiwillige Feuerwehr Bad Schandau, die später durch weitere umliegende Wehren verstärkt wurde, ausrückte und ein kleineres Kommando von sechs Mann zunächst die Löscharbeiten übernahm. Am nächsten Vormittag wurde der Notruckschlag von Bad Schandau zur Hilfeleistung eingesetzt. Die Feuerwehr hatte durch die Einwirkungen des Rauches, der sich an der Brandstelle entwickelte, sehr schwere Arbeiten und war befrachtet, ein Aufladern des Brandes zu verhindern, damit die beiden benachbarten Trockenräume nicht in Mitleidenschaft gezogen würden. Unter diesen Umständen war damit zu rechnen, daß die Löscharbeiten noch einige Zeit dauern werden. Nachmittags wurde auch noch ein Spezialkommando der Dresdner Berufsfeuerwehr eingesetzt. Diese löschte das Feuer binnen kurzem.

## Raucher-Leichsinn.

Zwei folgenschwere Brände durch brennenden Tabak.

In Leipzig brannte das „Schloß-Café“ an der Grimmischen Straße aus. Menschenleben waren in Gefahr, denn die Bewohner der oberen Stockwerke des Hauses waren dem Übergreifen der Flammen preisgegeben, bis die Feuerwehr nachdrücklich einschritt. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist die Ursache dieses Brandes das Wegwerfen von brennenden Zigarettenresten in die Polster des Cafémobiliars.

Am gleichen Tage wurde in der Kulturstraße in Leipzig nach dem Löschen eines Wohnungsbrandes eine vertorbte Männerleiche auf einem verbrannten Sofa gefunden. Es war die Leiche eines Mannes, der seine Tabakpfeife geraucht und dabei entweder ohnmächtig geworden oder eingeschlafen ist; durch den brennenden Tabak wurde das Sofa in Brand gesteckt. Der Mann ist erstid und verbrannt.

## Nordversuch und Selbstmord einer Wirtschafterin.

Ein auf der Pestalozzistraße in Chemnitz wohnender geschiedener Mann geriet mit seiner Wirtschafterin in eine Auseinandersetzung, in deren Verlauf die Wirtschafterin aus einer Arcepistole fünf Schüsse auf ihn abgab. Der Mann wurde von einem Schuß am Hals und von zwei weiteren Schüssen am Rücken verletzt. Nach der Tat schoß sich die Wirtschafterin in die rechte Schläfe und war sofort tot. Die Ursache der Auseinandersetzung soll Eifersucht gewesen sein.

## Die deutschen Ballonflieger frei.

Die Gendarmerieflotation in Feldsberg in der Tschechoslowakei, die die beiden Flieger des bei Feldsberg gelandeten Ballons „Ernst Brandenburg“ nach dem gegliederten Höhenflug festhielt, hat die Akten nach der Verhaftung der beiden Flieger Schüge und Suckstorf an die Gendarmerieflotation in Unterbemenau weitergeleitet. Die Bezirksbehörde wies die Gendarmerieflotation an, die beiden deutschen Flieger sofort freizulassen, ihnen die Dokumente wieder auszufolgen und auch den Ballonrücktransport nach Wittenfeld freizugeben. Das ist auch geschehen. Die beiden Flieger verladen den Ballon. Ihrer Abreise nach Deutschland steht nichts mehr im Wege.



Heimatstraum.

Wer wüßte nicht, wie bitterlich
Der Heimatstraum
Sich stiehlt ins Herzengrunderlies,

Goethe — Der Leipziger Student.

Wenn sich in diesen Tagen Erinnerungstränge um den
größten deutschen Geistesheros winden, so sind es besonders
die Städte Frankfurt und Weimar, die sich rühmen können,

Leipzig war damals noch eine belebte Stadt und zählte
etwa 25000 Einwohner. Aber schon damals war es nicht
nur ein berühmter Handelsplatz, auch Literatur und Musik

Sein Quartier befand sich in der „Feuertugel“ zwischen dem
damaligen Alten und Neuen Markte, nach heutigen Begriffen
also zwischen der Universitätsstraße und dem Neumarkt.

Anfangs studierte er fleißig, ohne an der gewählten Fakultät
allzuviel Freude zu finden. Die Poesie hatte schon mächtig Besitz
von ihm ergriffen, ohne indessen bestimmenden Einfluß auf
ihn zu gewinnen.

Schlosser führte den begeisterungsfähigen Jüngling aber auch
noch bei einem anderen Manne ein, dessen Haus für ihn wohl

dichterische Anregung, aber auch psychische Leiden bringen
sollte: in das Haus des Weinhändlers Schönkopf. Dort lernte
er seine Jugendliebe Käthchen, die Tochter dieses gastlichen
Hauses kennen, und er hätte nicht der jugendliche Feuerkopf
sein müssen, um sich nicht sofort Hals über Kopf in das junge
Mädchen zu verlieben.

Als dramatische Gabe jener Zeit blieb uns Nachgeborenen
das Schülerspiel „Die Leanne des Verliebten“, in dem er sich
selbst als den ungestümen und törichten Liebhaber schildert,

Abgesehen hat Goethe von Leipzig aus auch einen kurzen
Aufstecher nach Dresden gemacht, wo ihn die Gemäldegalerie
stark in seinen Bann zog. Er wohnte bei diesem in Dresden
insgesamt sieben Besuchen der Stadt bei einem philosophisch
veranlagten Schuster in der Friedrichstadt, mit dem er sich

Auch Weizen und vogtländische Orte hat er auf seinen
Reisen gestreift, und so darf sich also Sachsen rühmen, sein Teil
zu der unübersehbaren Bildung dieses Genies beigetragen zu
haben. Und darauf dürfen auch wie heutigen am Ende ein
wenig stolz sein.



Der neue Goethealer.

Der Reichsrat hat seine Zustimmung zur Prägung von
Drei- und Fünfmarkstücken gegeben, die das Bildnis
Goethes tragen. In den nächsten Tagen werden die ersten
dieser Münzen in Umlauf kommen. Die Prägung der
Goethemünzen erfolgt in beschränktem Umfange.

Nach den Goethefeiern Haydnfeiern.

Die offizielle Festfeier in Osterreich.
Anlässlich des am 31. März d. J. sich zum 200. Male
jährenden Geburtstages Josef Haydns veranstaltet die
österreichische Bundesregierung in Wien eine offizielle
Festfeier, für die in der Zeit vom 25. März bis 10. April
die verschiedensten Haydn-Aufführungen vorzusehen sind.

am Ostermontag findet in Koblenz, dem Geburtsort
Haydns, ein Festgottesdienst statt mit Aufführung der
Theresienmesse.

In Rom wurde dem Sedenen Haydn eine Auf-
führung seines Oratoriums „Die Jahreszeiten“ gewidmet.
Der Aufführung wohnten hohe Kirchenfürsten, Mitglieder
des Diplomatischen Korps und zahlreiche Angehörige der
deutschen und österreichischen Kolonie Roms bei.

Krankenhäuser und Preisrentungen.

Können die Pflegefälle verbilligt werden?

Die Spitzenverbände der Krankenhäuser,
Krankenkassen, Ersatzkassen und Berufsgenossenschaften
haben gemeinsam im Reichsarbeitsministerium über die
Frage der Senkung der Krankenhauspfelegel-
sätze verhandelt. Es bestand Einigkeit darüber, daß eine
Senkung der Krankenhauspfelegelätze überall dort erfolgen
muß, wo die Möglichkeit dazu vorhanden ist. Andererseits
war man auch darüber einig, daß von zentraler Stelle eine
einheitliche Festsetzung oder Senkung für das ganze
Reich nicht in Frage kommen könne, da die Verhältnisse
örtlich ganz verschieden lägen. Es wurde dem dringen-
den Wünsche Ausdruck gegeben, daß die Krankenhausbewer-
tungen, soweit das noch nicht geschehen, alsbald prüfen,
ob und in welchem Umfange eine Senkung der Pflegeätze,
insbesondere auch im Hinblick auf die Preisrentun-
gen, möglich ist.

Für acht Millionen Mark Falschgeld.

1 1/2 Millionen Mark beschlagnahmt.

Der Stuttgarter Kriminalpolizei gelang es, eine
Falschgelddruckerei auszuhacken, die nach den bisherigen
Feststellungen nicht weniger als für acht Millionen Mark
Falschgeld in Hundertmarkscheinen fertiggestellt hat.

Vorläufig hat die Polizei acht Personen verhaftet,
darunter einige, die sich mit dem Vertrieb des falschen
Geldes befaßt haben. Hauptbeteiligter ist ein Kaufmann
namens Schröder, der vor zwei Monaten aus Süd-
amerika zurückgekehrt ist und nun eine Werkstatt mit
vielen Maschinen unterhielt, in der zwei Lithographen
Tag und Nacht mit der Herstellung von falschen Hundert-
marknoten beschäftigt waren. Durch einen Streit mit
seinem Hauswirt, dem die geheimnisvolle ununterbrochene
Tätigkeit in der Werkstatt nicht geheimer vorfam, ist die
Sache ans Licht gekommen. Unter den Verhafteten be-
findet sich auch der mutmaßliche Leiter der „Fabrik“, ein
gewisser Streiter. Die Fenster der Druckerei waren
mit weißer Farbe übermalt. Die Spuren der Falsch-
münzerverbände weisen noch nach anderen Städten Süd-
deutschlands hin.

Bereits acht Verhaftungen in Stuttgart.

Zu der Stuttgarter Falschmünzerverbände gibt
die Polizeibehörde bekannt: Als an der Tat beteiligt, sind
bis jetzt acht Personen festgenommen worden, darunter
zwei, die schon einschlägig vorbestraft sind. Die Täter
haben ihre Pläne schon seit Herbst 1931 vorbereitet. Anfang
März d. J. waren sie so weit, daß sie sich die zum Druck
des Falschgeldes notwendigen Maschinen und Einrichtun-
gen beschaffen konnten. Als die Polizei eingriff, waren
schon einige Probestücke fertig. Anhaltspunkte dafür, daß
die Bande schon Falschgeld in den Verkehr gebracht hätte,
konnten bis jetzt nicht festgestellt werden.

Annahme verweigert.

Ungebetene Gäste an französischer Küste.

In Marseille liegt seit einigen Tagen ein argen-
tinischer Dampfer, „Chaco“, vor Anker, dessen Passagiere
sich aus Ausländern zusammensetzen, die in Argentinien
wegen Raatsrechtlicher Vergehen verurteilt und
ausgewiesen sind. Da die Verantwortlichen über keinerlei
Papiere verfügen, haben die französischen Behörden die
Ausweisung verboten. Es handelt sich um
15 Polen, 10 Italiener, 10 Tschechoslowaken und drei
Litauer. Der Kapitän des Dampfers hat beschloffen, wieder
auszulaufen, doch wird das neue Ziel der Reise geheim-
gehalten. In französischen Kreisen ist man der Ansicht,
daß er sich schließlich wohl oder übel gezwungen sehen wird,

Der reiche Blinde Roman von Gerl Rothberg

Copyright by Martin Fauchtwanger, Halle (Saale)

118

Die Augen Frau von Hellenbachs glitten schon über
das reine, weiße Mädchen Gesicht. Blitzschnell kam ein
surchbarer Gedanke. Wenn Lore einen Grund hätte, das
junge Mädchen zu hassen? Doch sie konnte sie ja gar nicht.

Und dann: Lore war ihre einzige Schwester! Sie hatte
Ihr zu glauben, und nicht diesem Mädchen, dem vorhin die
Schuld so deutlich auf dem Gesicht gestanden. Jetzt aller-
dings hätte man nun beinahe wieder glauben müssen, daß
man ihr Unrecht zufüge. Frau von Hellenbach wußte selbst
nicht mehr, was recht und unrecht war, und sie wandte
sich zur Tür, öffnete sie.

„Liebe Frau Doremann?“
Die tam angeschossen, hielt die Augen voll Neugier auf
die beiden Frauen.

Noch ein letztes Zögern, dann sagte die Freifrau mit
fester Stimme:

„Entlassen Sie, bitte, erst Ihre Angestellten. Dann
muß ich Sie bitten, etwas sehr Peinliches vorzunehmen.
Bitte bringen Sie doch den Mantel, Hut und die Tasche
und was sonst noch von Ihr da ist, mit.“

Frau Doremann begriff langsam.

Die Anie zitterten ihr.

„Die Angestellten verlassen soeben das Geschäft. Der
Hausdiener schließt. Ich stehe sofort zur Verfügung, hole
jedoch erst die Sachen.“

Frau von Hellenbach sah zum Fenster hinaus. Es war
das einzige Mittel, den großen, dunkelblauen, entsetzten
Mädchenaugen zu entweichen, diesen Augen, die sie unsag-
bar peinigten.

Frau Doremann tam zurück.
Entschlossen wandte sich Frau von Hellenbach an sie.

„Sie müssen alles wissen, liebe Frau Doremann. Fräu-
lein Hardegg brachte meiner Schwester heute nachmittag
einen Hut. Als sie wieder gegangen war, fehlte meiner
Schwester plötzlich das indische Armband. Ich muß be-
merken, daß dieses Armband einen sehr hohen Wert be-
sitzt. Ich bitte Sie, liebe Frau Doremann, die Sachen
Fräulein Hardeggs zu durchsuchen und — eine Leibes-
visitation vorzunehmen!“

Frau Doremann zitterte so heftig, daß sie zunächst nicht
empfinden konnte, diesen Wunsch zu erfüllen. Ihr mitleidiger,
abbittender Blick streifte das totenblasse schöne Gesicht des
Mädchens. Endlich hatte sie sich gefaßt. Die ganze un-
geheuerliche Situation kam ihr erst jetzt voll zum Bewußt-
sein. Aber der Verdacht überhaupt war schon etwas so
Zurückbares, daß es auf etwas mehr oder weniger nicht
mehr ankam.

Nichts!
Das Armband fand sich nicht!

Frau Doremann lächelte ein bißchen.

Sie wollte das arme kleine Mädchen schon aufheben. Das
mußte einen anständigen Schadenersatz bringen.

„Gnädige Frau, ich kann es nicht finden. Vielleicht ist
es doch ein Irrtum Frau von Uningens?“

Mit letzter Energie und Schärfe jagte Frau von Hellen-
bach: „Nun, so muß man es eben doch noch der Polizei über-
geben, was ich sehr gern vermeiden hätte, in Anbetracht
dessen, daß mir die Eltern des Mädchens sehr nahegegan-
den haben. Es war ihr, als säße sich ihr Hirn langsam, lang-
sam mit Blei. Dumpf, schwankte sie nach vorn. Frau Dore-
mann fing sie auf, führte sie zum Sofa. Dann begleitete sie
die Dame hinaus.“

Aber sie war nicht mehr so devot wie sonst. In ihrem
Blick war direkt etwas Feindliches.

Frau von Hellenbach ging.

Doch es war ihr, als habe sie ein Verbrechen begangen.

Daheim sagte sie matt:

„Ich habe das Armband nicht. Sie hatte es nicht be-
funden. Frau Doremann hat ihre Sachen und — sie — selbst
untersucht. Es war nichts zu finden. Bitte, ich will nichts
mehr damit zu tun haben. Das Mädchen sah aus, als
würde sie sich etwas antun. Und an die andere Schwester,
die an und für sich so still und schweigmütig ist, darf ich
schon gar nicht denken. Nacht, was ihr wollt!“

„Schön! Benachrichtigen wir nun noch die Polizei.
Dann wird sich der Verdacht bald genug als irrsinnig her-
ausstellen. Und ich bin dafür, daß wir dem Mädchen dann
eine sehr gute Entschädigung zahlen. Es soll schon...“

Der Freiherr hielt inne.

Ach was! Seine Frau würde sich von falschem Mit-
leid leiten lassen. Sie war immer weich und mitleidig.
Aber wenn es nun doch ein Irrtum war? Doch wo sollte
das verdammte Armband denn nur hingekommen sein?
Lore würde doch so etwas nicht behaupten, wenn es nicht
an dem wäre?

Und Herr Hellenbach benachrichtigte die Behörde!

„Du kommst später als sonst. Hastest du Ueberstunden
zu machen?“

Gütig klang Hilda Hardeggs Stimme in das Sommer-
dunkel der Stube, wo die Jüngere schweigend am Fenster
lehnte.

„Du wirst Hunger haben, Kleine. Wollen wir essen?
Ich habe schönen frischen Blattsalat und Eier. Für dich
sogar eine Scheibe Schinken. Was sagst du zu dieser Ver-
schwendung? Aber mein Chef hat mir zugelegt. Ich werde
jezt wöchentlich ungefähr sechs Mark mehr verdienen.
Was sagst du dazu, Nore?“

„Du bist so gut, Hilda.“

„Ich werde Licht machen, Elinor. Du hast Kerzer
gehabt — jetzt weiß ich es. Komm, ich zeige dir erst schnell
einmal die neuen Arbeiten, die ich heute mitbekommen
habe. Ein Brautschleier ist auch dabei. Wundervolle weiße
seidene Rosen müssen hineingestickt werden.“

„Wir wollen es dunkel um uns lassen, Hilda. Ich habe
dir etwas zu erzählen.“ (Fortsetzung folgt.)





